

Pulsnitzer Tageblatt

Heimlicher 18. Tel. u. Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfachkonto Dresden 2138. Girokonto 145

Bezirksanzeiger

Wochenblatt Postkonten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Wichtigste Anzeigen
In Halle für den Betrieb, Streit oder sonstiger irgend welcher Ordnung
des Betriebes der Fabrik oder der Betriebsanstalten, hat der Betreiber
keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,55 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pulsnitz: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pulsnitz, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pulsnitz; amtlich 1 mm
30 Pulsnitz und 24 Pulsnitz; Reklame 25 Pulsnitz. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konturfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weiskbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Dretitz, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weiskbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. E. Börsers Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 265

Donnerstag, den 14. November 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Auf Blatt 493 des Handelsregisters wurde heute eingetragen:

Firma F. & R. Mankisch in Pulsnitz

Gesellschafter sind:

- Flora Anna verehlt. Mankisch geb. Gnauck,
- Martha Marie Rosa verehlt. Mankisch geb. Frenzel, beide in Pulsnitz.

Die Gesellschaft hat am 1. August 1929 begonnen (Spekulationsgeschäft)

Amtsgericht Pulsnitz, am 11. November 1929.

Freitag, den 15. November 1929, nachm. 3 Uhr sollen in Oberlichtenau, Sammel-
ort der Vieler: Gasthof „zu den Linden“

1 Radioapparat, 1 Warenaufwand, Spiegel, 9 Strickjacken

meißelnd gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 14. November 1929.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Das Wichtigste

Sachsen hat verhältnismäßig die meisten Personenkraftwagen, nämlich
je einen auf 134, gegen 180 im Reichsdurchschnitt, 181 in der
Rheinprovinz und 190 in Preußen.

Wie der „Vorwärts“ erfährt, wird die Reichsregierung auf der zweiten
Gaager Konferenz durch den Reichsaussenminister Dr. Curtius und
den Reichsfinanzminister Dr. Hilferding vertreten werden.

Die elf Schiffsbrüder des gesunkenen finnischen Dampfers „Draken“,
die sich seit Montag auf einer Klippe in den Labeer Schären auf-
hielten, sind am Mittwoch von einem U-Boot an Land ge-
bracht worden. Fünf Mann waren bereits tot. Der Kapitän und
der Steuermann sind unter den Geretteten.

Außerste Sparsamkeit.

Die überaus schwierige Finanzlage des Reiches mahnt zu
äußerster Sparsamkeit. In weiten Kreisen erkennt man, daß
die bisherigen Maßnahmen, die politischen Parteien zur Ein-
schränkung und Einbindung ihrer Wünsche zu zwingen,
nicht ausreichen. Im Haushaltsausschuß des Reichstages
wird zur Zeit über Abänderungen der Reichshaushaltsord-
nung verhandelt. Zu diesen Beratungen haben der Reichs-
verband der Industrie und ein Ausschuß des Reichs-
industriellen und Handelstages Vorschläge aufgestellt, in
denen Vorschläge gemacht werden, durch die eine stärkere
Drosselung der Ausgaben, vor allem aber eine schärfere
Kontrolle ermöglicht werden soll. Während der Reichs-
verband der Industrie die Schwerindustrie vertritt, umfaßt der
Deutsche Industrie- und Handelstag die Kreise der Handels-
kammern, also alle Kreise des Handels.

Es sind insgesamt zehn Vorschläge aufgestellt worden. Der
Vorschlag I besagt, der Reichstag möge sich eine Be-
schränkung seines Ausgabenbewilligungs-
rechts auferlegen. Die gleiche Forderung gelte dem
Reichsrat. Vor allem solle der Reichstag seine Geschäfts-
ordnung dahin ändern, daß eine Vermehrung der Ausgaben
nicht nur im zuständigen, sondern auch im Haushalts-, ge-
gebenenfalls im Steuerauschuß beschlossen werden müsse. Es
soll dabei besonders an verständliche Einschränkungen der
öffentlichen Ausgaben gedacht. Besondere Bedeutung kommt
dem Vorschlag II zu, der die künftige Stellung des Reichs-
spartekommissars behandelt. Der Posten soll als selbst-
ständige Reichsbehörde gestiftet werden. Der Spartokommissar
soll sich künftig auch aus eigener Entschiedenheit gutachtlich
nach Verständigung mit dem zuständigen Minister äußern.
Er soll an allen Sitzungen der Reichsregierung mit beratender
Stimme teilnehmen können. Bei Haushaltsüberschreitungen
und außerplanmäßigen Ausgaben soll er gutachtlich ge-
hört werden. Man möchte dem Spartokommissar ein ge-
wisses Vetorecht geben, durch das er die Reichsregierung
zu einer zweiten Lesung zwingen kann, wenn der
Reichsfinanzminister gegen ihn entscheidet. Letzterer müsse da-
bei darlegen, daß nur ganz besonders wichtige Gründe eine
Abweichung von der Stellungnahme des Spartokommissars
rechtfertigen und einer solchen Entscheidung eine besondere
politische Bedeutung zukommt. Besonders umstritten wird
eine weitere Forderung sein, nach der ein die Forderungen
des Spartokommissars umstoßender Beschluß nur dann zu-
stände kommen kann, wenn bei der Abstimmung nicht nur die
Mehrheit der Reichsminister für ihn votiert, sondern wenn
auch der Reichskanzler für ihn votiert. Eine solche
Bestimmung würde tatsächlich die Macht in des Kanzlers und
Spartokommissars Hände legen. Die Verbände begründen ihre
Ansicht nicht nur mit der Tatsache der außergewöhnlichen
wirtschaftlichen Not, sondern auch mit dem Hinweis auf die
politische Abhängigkeit fast aller Finanzminister.

Vorschlag III verlangt die Einschränkung der An-
leihermächtigungen. Außergewöhnliche einmalige
Einnahmen sollen nicht zur Deckung fortwährender Ausgaben
Verwendung finden. Auch wird für den außerordentlichen
Haushalt ein Sperrgesetz für die nächsten fünf Jahre ge-
fordert, da die Abdeckung der Voranschläge des ordentlichen
Haushalts in Höhe von rund 900 Millionen kaum vor Ab-
lauf dieser Frist beendet sein würde. Die außerordentlichen
Ausgaben des Jahres 1929 sollen davon nicht berührt wer-

Letztes Warnungssignal!

Die Notlage der Grenzmark Posen-Westpreußen

Schneidemühl. Auf ihrer Reise durch die Grenzgebiete
der deutschen Ostmark sind die Vertreter der deutschen Presse
in Schneidemühl, der Hauptstadt der Grenzmark Posen-West-
preußen, eingetroffen. Erschütternde Bilder von der Not
des deutschen Ostens haben sich in diesen Tagen vor ihren
Augen entrollt. Stillliegende Industriewerke, zunehmende
Arbeitslosigkeit, fehlende Verkehrswege und Kultureinrich-
tungen, dazu die geradezu verzweifelte Lage der Landwirt-
schaft, das sind die Eindrücke, die man immer wieder emp-
fängt und die den Kampf der deutschen Ostmark in seiner
ganzen Schicksalschwere kennzeichnen.

Im Handwerk und in der Kleinindustrie tritt in steigen-
dem Maße derselbe Umstand in Erscheinung. So erweist es
sich immer mehr, daß

sich in der Grenzmark eine Katastrophe vorbereitet,
deren Ausmaß sich noch gar nicht übersehen lassen. Die
Möglichkeit dieser Katastrophe ist um so eher gegeben, als die
Bevölkerung der Grenzgebiete nun schon seit Jahren einen
Kampf führt, der gerade deshalb so zermürbend und mühsam
machend wirkt, weil im Reich anscheinend immer noch nicht
das nötige Verständnis für die dringenden Probleme des
deutschen Ostens vorhanden ist.

Einen treffenden Ausdruck der Forderungen der Grenz-
gebiete konnte man bei einem Empfangsabend im Landes-
haus aus dem Munde des Landeshauptmanns der Provinz
Posen-Grenzmark, Dr. Caspari, der wie ein letztes War-
nungssignal anmutet, vernehmen. Dr. Caspari führte u. a.
aus:

Wenn man im Osten nicht tiefe Verbitterung schaffen
will, dann sollte man sich jetzt nicht mit einem West-
programm beschäftigen,

sondern mit den Aufgaben im deutschen Osten, von deren
Lösung das Schicksal ganz Deutschlands abhängt. Von be-
sonderer Bedeutung ist die Frage des Landarbeiter-
Wohnungsbaus. Der Landarbeiter-Wohnungs-
bau muß, wenn man den deutschen Arbeiter auf der Scholle
halten will, unter allen Umständen gefördert werden. Dies
um so mehr, als die Ansiedlung deutscher Arbeiter und
Bauern dem Osten nicht nur eine wirtschaftliche, sondern
eine staatspolitische Notwendigkeit ist. Leider sind wir von
dem Willen deutscher Bauern im Osten, von dem in den Zei-
tungen so oft die Rede ist, noch sehr weit entfernt. Noch steht
dieser Willen auf dem Papier. Man muß zugeben, daß die
Siedlungsfrage in mancher Hinsicht eine schwierige ist. Den-
noch muß an den Staat die Frage gerichtet werden, ob es
nicht notwendig ist, die Siedlung zu erleichtern.

Polen betreibt insbesondere in den Kreisen Slatow
und Bomst eine ausgedehnte Kultur-Propaganda.

Hat Polen dort erst einmal festen Fuß gefaßt, so ist der
Kampf um so schwerer. Man muß der preussischen Staats-
regierung einen schweren Vorwurf machen. Schon seit Jah-
ren bittet die Grenzmark darum, daß die Domänen, die der
Staat in den Grenzgebieten übernommen hat, der Siedlung
dienlich gemacht werden. Man sagt, man könne die
Pächter dieser Domänen nicht herunter bekommen. Aber es
steht fest, wenn das Problem in Polen zu lösen wäre, dann
wäre es gelöst. Ein solch ungeheurer Besitz im gefährdeten
Grenzland gehört nicht in staatliche Hand! Wir verlangen
nichts Unmögliches, aber wir fordern, daß man unsere Not
beachtet und daß man uns hilft.

Proteste gegen den Polenvertrag.

Die Proteste gegen die deutsche Ostpolitik mehren sich.
Jetzt hat der Heimatbund Ostpreußen E. B. durch seinen
Vorsitzenden, Oberpräsidentialrat a. D. v. Hassel, in einem
Schreiben an den Reichsaussenminister die Einwände darge-
legt, die vom ostpreussischen Standpunkt aus gegen die bis-
herige Verhandlungspolitik Polen gegenüber erhoben wer-

den müssen. Man müsse sich der ungeheuren Tragweite be-
wußt werden, die der Abschluß der Polenverträge gegenüber
dem bedrängten Osten in sich birge. Angesichts der fortge-
setzten polnischen Gewaltmaßnahmen gegen das Deutschtum,
angesichts der gänzlich ungeklärten politischen Lage in Polen
überhaupt, erfordere die Herstellung normaler deutsch-polni-
scher Beziehungen vertragliche Sicherheiten, die im sogenann-
ten Warschauer Vertrag vermisst werden, sondern die dort durch

gänzlich ungerechtfertigte deutsche Verzichtsleistungen auf
wichtige Rechte

erzert scheinen. Deutschland habe die Pflicht, sein einziges
Machtmittel gegenüber Polen einzusetzen, seine wirt-
schaftliche Überlegenheit. Deutschland dürfe an
einem völligen Zusammenbruch der polnischen Wirtschaft kein
Interesse haben. Die polnische Wirtschaft dürfe nicht auf
Kosten der deutschen und namentlich der ostpreussischen Be-
völkerung gerettet werden. Deutschland dürfe dem polnischen
Imperialismus als friedengefährdenden Angreifer
gegen die deutsche Ostmark und das Deutschtum in Polen
nicht freie Hand lassen.

Auch der Landbund der Provinz Sachsen
weist in einer Erklärung darauf hin, daß der geplante
Meistbegünstigungsparagraf mit Polen sich
für die gesamte deutsche Landwirtschaft katastrophal
auswirken müsse. Bei einer Annahme des Vertrages im
Reichstag würde eine Verödung weiter, bisher
landwirtschaftlich ausgenutzter Land-
strecken im deutschen Osten eintreten.

Aufrechte Deutsche.

Kattowitz. Anlässlich der polnischen Unabhängigkeitsfeier
in Polnisch-Oberschlesien haben die evangelischen deut-
schen Pfarrer es abgelehnt, in den evangelischen Kirchen
Gottesdienste abzuhalten. Ist ihnen doch allen noch lebhaft
in der Erinnerung, daß wegen eines vor etwa drei Jahren
während eines solchen Gottesdienstes in Pleß sich ereigneten
Zwischenfalles, den ein polnischer Lehrer verschuldete, indem
er in der Kirche ein weltliches Lied anstimmte, in dem
deutsche Organe, der mit dem Orgelspiel das Lied überhöhen
wollte, zu einer mehrmonatlichen Gefängnisstrafe verurteilt
wurde, während der polnische Lehrer, der den religiösen Akt
gestört hatte, von der polnischen Presse als ein wahrer Pa-
triot gefeiert wurde.

Heute spricht die polnische Presse von einer unerhörten
Provokation der deutschen Pfarrer, weil diese das National-
fest boykottiert haben. Die Presse verlangt strengstes Vor-
gehen gegen die deutschen Pastoren.

Zentrale Mordkommission für das Ruhrgebiet.

Düsseldorf. Die zahlreichen ungelösten Mord-
fälle in Düsseldorf und Umgegend haben die
Behörden zu außerordentlichen Maßnahmen veranlaßt. Auf
Weisung des Ministeriums des Innern wurde eine
zentrale Mordkommission für das Ruhr-
gebiet mit dem Sitz in Essen gebildet, zu dessen Leiter
der Berliner Kriminalkommissar Günther Brasch-
witz ernannt wurde. Kriminalkommissar Braschwitz, der
zahlreiche aufsehenerregende Berliner Mordfälle aufgeklärt
und erst in der letzten Zeit den Raubmord bei Lübars
und das tragische Geheimnis des Schlosses der Grafen
Stolberg-Wernigerode in Jannowitz geklärt hat,
scheidet aus dem Dienst der Berliner Kriminalpolizei aus,
um seine neue Stelle sofort anzutreten.

Die Jagd nach dem Massenmörder, der Düsseldorf seit
mehr als einem Jahr in Aufregung hält, geht ununter-
brochen weiter, ohne daß die Polizei bestimmte Anhalts-
punkte für seine Person hätte. Die Mitarbeit der Bevölke-
rung an den polizeilichen Ermittlungen ist in den letzten
Tagen, seit dem furchtbaren Verbrechen an der fünfjährigen
Gertrud Albermann, sehr rege geworden. Der

